



Presseinformation

Offenbach, 25. März 2026



Polizeivizepräsidentin Anja Wetz, der Leiter der Abteilung Einsatz, Marco Weller sowie die stellvertretende Leiterin der Kriminaldirektion, Alexandra Schmitt, stellen gemeinsam die Polizeiliche Kriminalstatistik 2025 für Südosthessen vor:

„Südosthessen bleibt weiterhin eine sichere Region. Die Gesamtentwicklung zeigt, dass die Kriminalitätsbelastung langfristig gesehen auf einem insgesamt niedrigen Niveau bleibt. Wir behalten alle Steigerungen aufmerksam im Blick und treffen die erforderlichen Maßnahmen“, erklärt Polizeivizepräsidentin Anja Wetz.

- Fallzahlen leicht gestiegen
- Kriminalitätslage weiterhin auf niedrigem Niveau
- Südosthessen weiterhin sichere Region
- Anstieg im Bereich der Häuslichen Gewalt
- Gewalt gegen Einsatzkräfte erreicht erneut Höchstwert

Kontakt für Pressevertreter:

HSG Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Spessartring 61
63071 Offenbach

Telefon: +49 (0)69 / 8098 – 1210
E-Mail: poea.ppsoh@polizei.hessen.de
Internet: www.polizei.hessen.de

Vorbemerkung

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) ist ein Hilfsmittel, um langfristige Tendenzen der Kriminalitätsentwicklung erkennen zu können und gleichzeitig ein Indikator dafür, wie sich polizeiliche Arbeit in bestimmten Deliktsbereichen auswirkt.

„Dank der hervorragenden Arbeit der Kolleginnen und Kollegen leben die Bürgerinnen und Bürger hier im Bereich des Polizeipräsidiums Südosthessen weiterhin in einer sicheren Region“, erklärte **Polizeivizepräsidentin Anja Wetz** anlässlich der Veröffentlichung der aktuellen polizeilichen Kriminalstatistik 2025 (PKS) für das Polizeipräsidium Südosthessen.

Die PKS dient der Beobachtung der Kriminalität insgesamt und einzelner Deliktsarten sowie der Veränderung von Kriminalitätsquotienten. Sie ist ebenso bei der Erlangung von Erkenntnissen zur vorbeugenden und verfolgenden Kriminalitätsbekämpfung, für organisatorische Planungen und Entscheidungen sowie für kriminologisch-soziologische Forschungen und kriminalpolitische Maßnahmen hilfreich.

In der PKS wird nur das sogenannte Hellfeld – also die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten – erfasst. Aufgrund fehlender statistischer Daten kann das sogenannte Dunkelfeld – die der Polizei nicht bekannt gewordene Kriminalität – in der PKS nicht abgebildet werden. Änderungen im Anzeigeverhalten der Bevölkerung oder in der Verfolgungsintensität der Polizei können die Grenze zwischen dem Hell- und Dunkelfeld verschieben, ohne dass sich der Umfang der tatsächlichen Kriminalität verändert hat.

Die PKS bietet insofern kein exaktes Spiegelbild der Kriminalitätswirklichkeit, sondern eine je nach Deliktsart mehr oder weniger genaue Annäherung an die Realität. So können unter anderem das Anzeigeverhalten, die polizeiliche Kontrollintensität, Änderungen in der statistischen Erfassung, Änderungen im Strafrecht oder bessere Auswerte- und kriminaltechnische Möglichkeiten die Entwicklung der Zahlen in der PKS beeinflussen.

Die Erfassung in der PKS erfolgt vorrangig anhand gesetzlicher Tatbestände und nur eng begrenzt auch unter kriminologischen Gesichtspunkten. Die Registrierung erfolgt bei Abgabe des Vorgangs an die Staatsanwaltschaft. Die Aktualität der PKS wird daher durch Straftaten mit langer Ermittlungsdauer gemindert. Die PKS beruht auf dem Erkenntnisstand bei Abschluss der polizeilichen Ermittlungen. Straftaten werden zum Teil von der Polizei, insbesondere wegen des unterschiedlichen Ermittlungsstandes, vom Straftatbestand her anders bewertet als von der Staatsanwaltschaft oder den Gerichten. Deswegen und auch aufgrund unterschiedlicher Erfassungszeiträume und -grundsätze lässt sich die PKS mit den Rechtspflegestatistiken der Justiz (z. B. Verurteiltenstatistik) nicht direkt vergleichen.

Allgemeines zum Polizeipräsidium Südosthessen

Das Polizeipräsidium Südosthessen ist zuständig für die Großstadt Offenbach am Main sowie für die Landkreise Offenbach und Main-Kinzig mit der Großstadt Hanau. Das Gebiet erstreckt sich von Egelsbach bis nach Sinntal auf einer Fläche von knapp 1.800 km². Das Polizeipräsidium ist für die Sicherheit von knapp 912.000 Menschen zuständig. Während die Großstädte Offenbach und Hanau sowie der Landkreis Offenbach mit einer relativ hohen Bevölkerungsdichte urban geprägt sind, zeigt sich der Main-Kinzig-Kreis eher ländlich.

Leichter Anstieg der Gesamtkriminalität – Langzeittrend weiterhin rückläufig

Auch wenn die Fallzahlen der Gesamtkriminalität im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 % angestiegen sind, zeigt die Gesamtentwicklung, dass die Kriminalitätsbelastung langfristig gesehen weiterhin auf einem insgesamt niedrigen Niveau bleibt.

Bei der Bewertung der Polizeilichen Kriminalstatistik ist zu berücksichtigen, dass ein Vergleich einzelner Jahre nur eingeschränkt aussagekräftig ist. Erst eine Langzeitbetrachtung über mehrere Jahre ermöglicht eine realistische Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung. Während im Jahr 2004 mit 64.221 Fällen ein Höchststand erreicht wurde, ist das Fallaufkommen seither im Langzeitvergleich zurückgegangen.

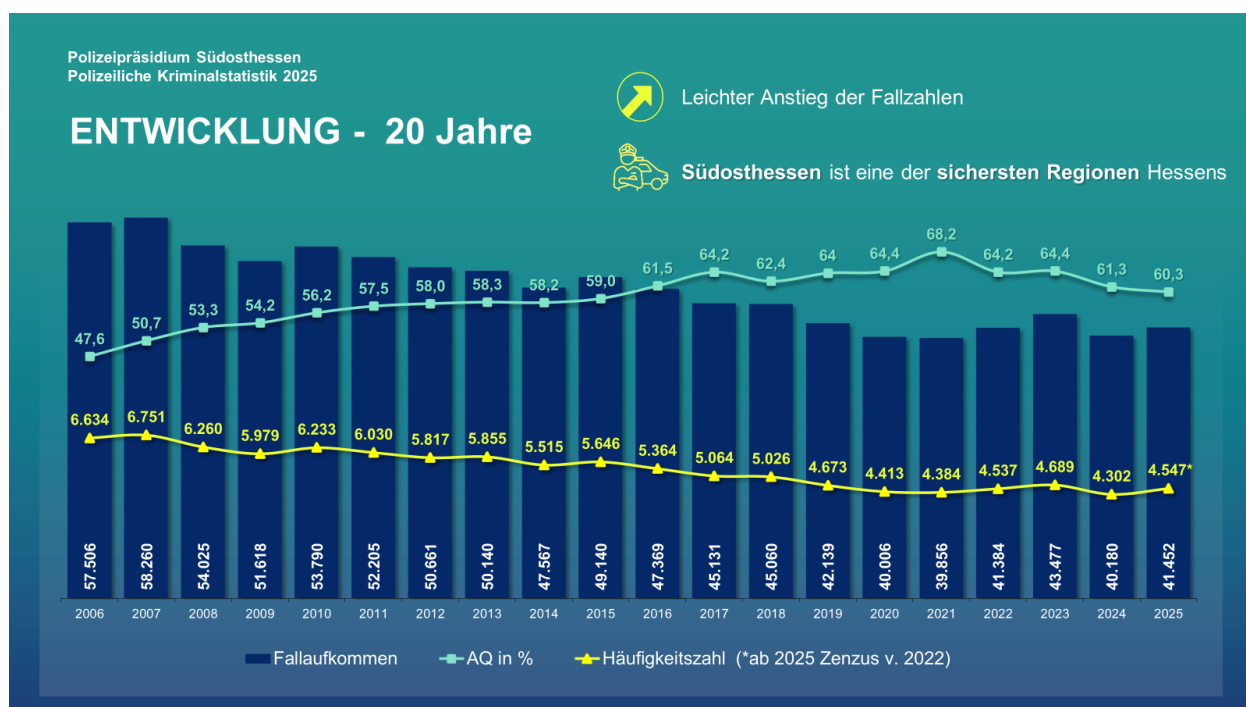
Für das Jahr 2025 weist die Statistik 41.452 Straftaten aus. Gegenüber dem Höchststand von 2004 entspricht dies einem Rückgang um rund ein Drittel.

Die größten Fallzahlenanstiege waren insbesondere in den Deliktsbereichen der politisch motivierten Kriminalität (+ 45,1 %), der Geldwäsche (+ 44,2 %), dem Diebstahl an oder aus Kraftfahrzeugen (+ 22,9 %) sowie bei der gefährlichen Körperverletzung (+12,1 %) zu verzeichnen. Die Fälle der gefährlichen Körperverletzung im öffentlichen Raum stiegen dabei um 19,9 %.

Die Aufklärungsquote ist im Vergleich zum Vorjahr um Ein-Prozentpunkt auf 60,3 % gesunken. Im langfristigen Trend ist diese jedoch deutlich gestiegen. Lag sie im Jahr 2001 noch bei 41,6 %, überschritt sie ab 2016 dauerhaft die Marke von 60 %, sodass mehr als jede zweite Straftat aufgeklärt werden konnte. Die hohe Aufklärungsquote bedeutet für jeden Straftäter grundsätzlich ein hohes Entdeckungsrisiko und dass er für sein Verhalten auch zur Rechenschaft gezogen wird. Dies ist jedoch nicht nur den polizeilichen Anstrengungen, sondern in hohem Maße auch der Mitwirkung der Bevölkerung zu verdanken. Unzählige Hinweise aus der Bürgerschaft waren der initiale Faktor, weswegen viele Straftaten letztlich überhaupt erst geklärt werden konnten.

Kriminalitätsbelastung weiterhin unter dem Landesdurchschnitt

Mit einer Kriminalitätsbelastung von 4.547 Straftaten pro 100.000 Einwohner ist die sogenannte Häufigkeitszahl im Vergleich zum Vorjahr zwar um 5,7 % gestiegen, bewegt sich im Langzeitvergleich jedoch weiterhin auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau.



Trotz der beiden Großstädte Offenbach am Main und Hanau im Zuständigkeitsbereich liegt dieser Wert deutlich unter dem hessischen Landesdurchschnitt von 6.002 Straftaten pro 100.000 Einwohner. Im landesweiten Vergleich der Polizeipräsidien belegt Südosthessen erneut Platz drei. Damit zeigt sich, dass die Kriminalitätsbelastung der Bevölkerung im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Südosthessen im langfristigen Vergleich deutlich gesunken ist und die Bürgerinnen und Bürger weiterhin in einer sicheren Region leben.

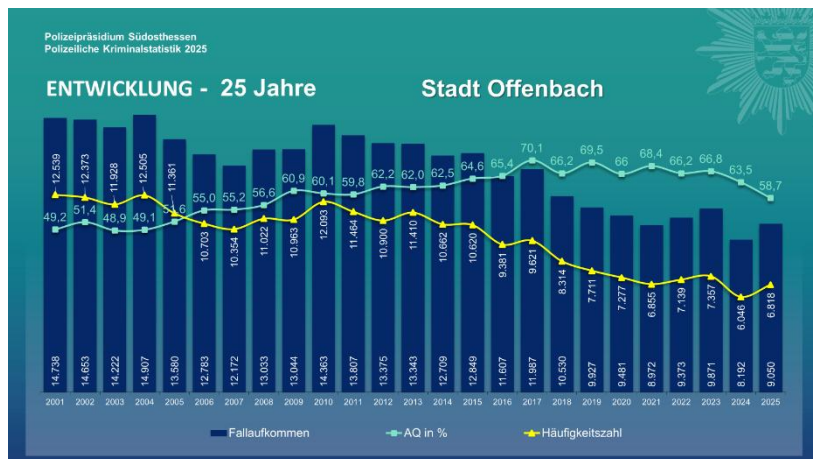
Es ist zu berücksichtigen, dass es in Hessen mit der Umstellung der Bevölkerungsfortschreibung vom Zensus 2011 auf den Zensus 2022 auch eine Korrektur der Einwohnerzahl im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Südosthessen um 2,4 % nach unten auf 911.682 Einwohner gab. Für das Jahr 2025 wurde die Häufigkeitszahl erstmals auf Basis des Zensus 2022 berechnet. Da die Bevölkerungszahlen auf Grundlage des Zensus 2022 erst im Laufe des Jahres 2024 zur Verfügung gestellt wurden, war eine frühere Nutzung dieser Daten nicht möglich. Um eine Vergleichbarkeit herzustellen, müssen somit die Häufigkeitszahlen der Vorjahre rückwirkend „umgerechnet“ werden. Auf dieser Grundlage ist der Anstieg der Häufigkeitszahlen tatsächlich niedriger (+ 3,2 %).

Ein möglicher Grund für den aktuellen Anstieg der registrierten Straftaten kann auch eine erhöhte Anzeigebereitschaft der Bevölkerung sowie eine intensivere polizeiliche Kontroll- und Ermittlungsarbeit sein. Insbesondere verstärkte Schwerpunktmaßnahmen wie die Innenstadtoffensive der hessischen Landesregierung sowie eine konsequente Strafverfolgung können dazu führen, dass mehr Straftaten festgestellt und statistisch erfasst werden.

Anstieg der Kriminalität in der Stadt Offenbach

Im Jahr 2025 wurden in der Stadt Offenbach 9.050 Straftaten registriert. Dies entspricht zwar einem Anstieg von 10,5 % gegenüber dem Vorjahr (8.192 Fälle), bewegt sich jedoch weiterhin deutlich unter dem Niveau früherer Jahre.

Ein Blick auf die langfristige Entwicklung seit 2001 zeigt insgesamt eine positive Tendenz der



Kriminalitätslage in der Stadt Offenbach. Während zu Beginn der 2000er-Jahre noch deutlich über 14.000 Straftaten jährlich registriert wurden, liegt das Fallaufkommen heute deutlich darunter.

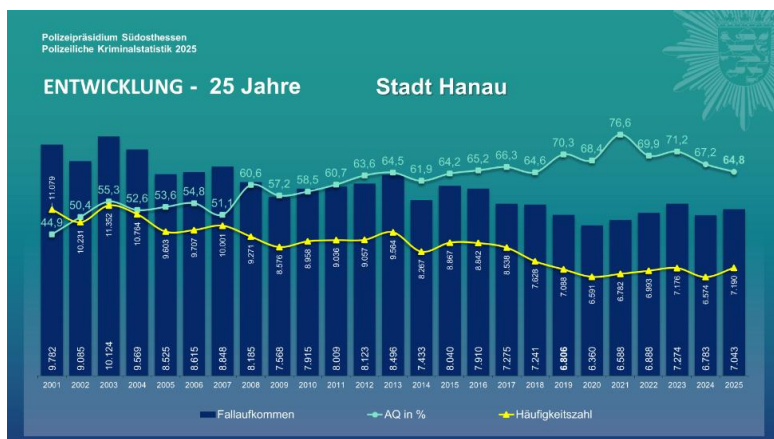
Der Anstieg der Fallzahlen in der Stadt Offenbach ist insbesondere auf Zuwächse im Bereich des Diebstahls (+ 24 %), des Wohnungseinbruchdiebstahls (+ 36 %) sowie der Straßenkriminalität (+ 32 %) zurückzuführen.

Landkreis Offenbach: Kriminalitätslage nahezu auf Vorjahresniveau



Im Landkreis Offenbach ist die Zahl der registrierten Straftaten im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert geblieben. Insgesamt wurden acht Straftaten mehr registriert. Die Aufklärungsquote lag bei 56,1 % und damit nur geringfügig unter dem Vorjahreswert. Die Häufigkeitszahl im Landkreis Offenbach ist im Vergleich zum Vorjahr lediglich um 1,9 % gestiegen.

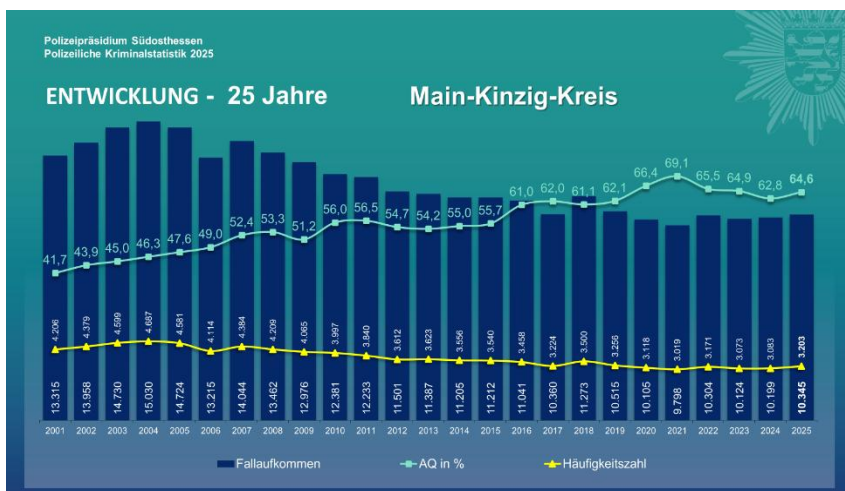
Stadt Hanau: moderater Anstieg der Fallzahlen



In der Stadt Hanau stieg die Zahl der registrierten Straftaten im Jahr 2025 um 3,8 % (260 Fälle). Die Aufklärungsquote lag bei 64,8 % In der Stadt Hanau wurden die größten Anstiege beim Wohnungseinbruchdiebstahl (+ 38 %) sowie bei Körperverletzungsdelikten (+ 25,4 %) festgestellt.

Main-Kinzig-Kreis: weiterhin niedrige Kriminalitätsbelastung

Im Main-Kinzig-Kreis ist die Zahl der registrierten Straftaten im Jahr 2025 um 1,4 % (146 Fälle) gestiegen. Im Langzeitvergleich bewegt sich das Fallaufkommen weiterhin auf einem niedrigen



Niveau. Die Aufklärungsquote liegt bei 64,6 %. Damit konnten nahezu zwei von drei Straftaten aufgeklärt werden. Die Häufigkeitszahl lag bei 3.203. Im Main-Kinzig-Kreis zeigten sich der deutlichste Zuwachs beim Wohnungseinbruchdiebstahl (+ 36,9 %).

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Im Deliktsbereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) wurden im Jahr 2025 insgesamt 643 Straftaten registriert (2024: 443). Dies entspricht einem Anstieg um 45,1 % (200 Fälle). Im hessischen Landesdurchschnitt lag der Anstieg bei 25,1 %.

Die Entwicklung verteilt sich auf mehrere Phänomenbereiche. Besonders auffällig ist der hohe prozentuale Anstieg im Bereich PMK – links.

Ein wesentlicher Teil dieser Entwicklung steht im Zusammenhang mit zwei größeren Einsatzlagen im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Südosthessen.



Am 1. Februar 2025 fand im Rahmen des Bundestagswahlkampfes in Neu-Isenburg eine Wahlkampfveranstaltung der AfD statt, zu der mehrere Gegenversammlungen angemeldet worden waren. In diesem Zusammenhang registrierte die Polizei 48 Straftaten, die sämtlich dem Phänomenbereich PMK –

links zugeordnet werden können.

Darüber hinaus kam es im Stadtwald Langen im Zusammenhang mit der Räumung eines Camps zu Protestaktionen. In diesem Kontext leitete die Polizei 54 Strafverfahren, die dem Phänomenbereich PMK – links zugeordnet werden konnten, ein.

So sind 102 der insgesamt 109 Straftaten im Phänomenbereich PMK – links alleine auf diese beiden Einsatzlagen zurückzuführen.

Trotz eines leichten Rückgangs von 1,2 % stellt der Bereich PMK – rechts mit 242 Straftaten weiterhin den größten Anteil aller politisch motivierten Straftaten dar. Damit wurden im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Südosthessen weiterhin mehr als doppelt so viele rechts- wie linksmotivierte Straftaten registriert.

Ein deutlicher Anstieg ist außerdem im Phänomenbereich der sonstigen Zuordnung festzustellen. Hier wurden 154 Straftaten mehr registriert (+200 %). Zu diesem Bereich zählen unter anderem auch strafbare Hasskommentare im Internet, deren Zunahme auch im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2025 steht.

Hinweis:

Die Zahlen zur Politisch motivierten Kriminalität für das Jahr 2025 stehen noch unter dem Vorbehalt eines laufenden Fallzahlenabgleichs mit dem Bundeskriminalamt sowie dem Landesamt für Verfassungsschutz Hessen.

Straßenkriminalität weiterhin deutlich unter früherem Niveau

Zur sogenannten „Straßenkriminalität“ zählen verschiedene Delikte, die im öffentlichen Raum auf Straßen, Wegen oder Plätzen - einschließlich öffentlicher Verkehrsmittel - begangen werden, wie etwa Körperverletzung, Straßenraub, Diebstahl, Sachbeschädigung oder auch exhibitionistische Handlungen. Für die Polizei sind die Sicherheitsmaßnahmen in diesem Bereich daher von besonderer Bedeutung, denn sie beeinflussen in starkem Maße das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.



Mit 7.817 registrierten Straftaten bewegt sich das Fallaufkommen im Jahr 2025 auf einem ähnlichen Niveau wie in den vergangenen Jahren (+ 1,3 %). Langfristig zeigt sich jedoch eine deutliche positive Entwicklung: Seit Bestehen des Polizeipräsidiums Südosthessen im Jahr 2001 (18.874 Fälle) konnten diese Delikte um rund 60 % reduziert werden.

Durch Videoschutzanlagen wird nicht nur das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen

und Bürger gestärkt, sondern gleichermaßen auch eine bessere Strafverfolgung ermöglicht. Lag die Aufklärungsquote 2001 noch bei 9,8 %, so konnte diese im Jahr 2025 mit über 22 % einmal mehr ein beachtliches Ergebnis vorweisen. Das Sicherheitsgefühl der Menschen im öffentlichen Raum ist daher für die Polizei ein dauerhafter Orientierungspunkt. Ganz entscheidend ist dabei auch die sichtbare polizeiliche Präsenz auf den Straßen und Plätzen. Diese Präsenzerhöhung sowie ein erhöhter Kontrolldruck und gezielte Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung sind von zentraler Bedeutung.

Ein weiterer, wichtiger Bestandteil der Sicherheitsstrategie ist die seit Februar 2024 laufende Innenstadtoffensive der hessischen Landesregierung, an der auch die Städte Offenbach und Hanau teilnehmen. Im Rahmen dieser Maßnahmen wurden in den Innenstädten von Offenbach und Hanau insgesamt 5.423 Personen kontrolliert, 170 Personen vorläufig festgenommen und 54 Haftbefehle vollstreckt. Darüber hinaus konnten 395 Straftaten festgestellt und größtenteils aufgeklärt werden.

Durch diese Innenstadtoffensive sowie durch gemeinsame Streifengänge von Stadt- und Landespolizei und gezielte Kontrollmaßnahmen kann auf aktuelle Kriminalitätsphänomene schnell reagiert werden.

Der Anstieg der Straßenkriminalität in der **Stadt Offenbach** im Jahr 2025 um rund 32 % ist zu einem erheblichen Teil auf eine Serie von Diebstählen an Fahrzeugaußenspiegeln im Oktober 2025 zurückzuführen. Diese Taten werden als Serie betrachtet, und es wird in diese Richtung intensiv ermittelt, da davon ausgegangen wird, dass die Außenspiegel gezielt entwendet und als Ersatzteile weiterverkauft werden. Insgesamt nahm der Straßendiebstahl im Stadtgebiet Offenbach um 306 Fälle (+ 36,5 %) zu. Davon entfielen 158 Taten, und damit mehr als die Hälfte, auf Diebstähle von Außenspiegeln. Allein 102 dieser Fälle wurden im Oktober innerhalb weniger Tage registriert, was maßgeblich zu dem statistischen Anstieg in diesem Deliktsbereich beigetragen hat. Die Polizei reagierte umgehend und leitete umfangreiche Maßnahmen ein. Neben der

Einrichtung von Kontrollstellen wurde die polizeiliche Präsenz im Stadtgebiet, auch mit Unterstützung benachbarter Polizeipräsidien, deutlich erhöht. Im Zuge der mehrtägigen Kontrollmaßnahmen kontrollierten Einsatzkräfte über 200 Personen sowie rund 130 Fahrzeuge. Auch wenn im Zusammenhang mit den Spiegel-Diebstählen keine tatverdächtigen Personen festgestellt werden konnten, führten die Maßnahmen zu zahlreichen anderen Feststellungen. Bereits in den Monaten November und Dezember sank das Fallaufkommen in der Stadt Offenbach in diesem Deliktsbereich wieder auf einen niedrigen einstelligen Bereich.

Im **Landkreis Offenbach** sank die Zahl der registrierten Fälle der Straßenkriminalität um 4,8 % auf 3.244 Straftaten (– 162 Fälle). Die Aufklärungsquote blieb mit 20,9 % nahezu unverändert.

Auch in der **Stadt Hanau** ist ein Rückgang zu verzeichnen. Hier wurden 999 Fälle registriert, was einem Rückgang von 5,3 % entspricht. Zu dieser Entwicklung dürften unter anderem auch die Maßnahmen der Innenstadtoffensive des Landes Hessen, gemeinsame Streifengänge von Stadt- und Landespolizei sowie der Einsatz von Videoschutzanlagen und die Einrichtung einer Waffenverbotszone beigetragen haben.

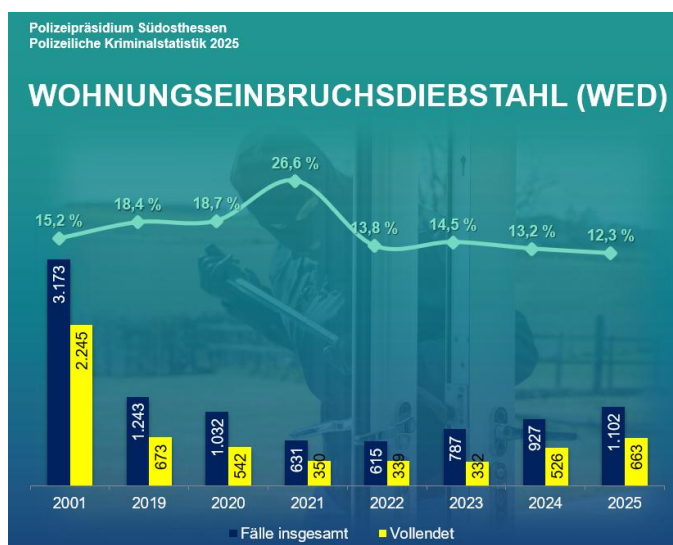
Im **Main-Kinzig-Kreis** ging die Straßenkriminalität ebenfalls zurück. Die Zahl der registrierten Fälle sank um 8,0 % auf 1.667 Straftaten (– 144 Fälle). Damit wurde, mit Ausnahme des pandemiebedingten Jahres 2021, der niedrigste Wert seit Bestehen des Polizeipräsidiums Südosthessen erreicht. Zugleich stieg die Aufklärungsquote deutlich um 5,6 Prozentpunkte auf 27,7 %. Damit konnte mehr als jede vierte Straftat in diesem Bereich aufgeklärt werden.

Videoschutzanlagen schrecken Straftäter ab und unterstützen Ermittlungen

Im Bereich des Polizeipräsidiums Südosthessen waren im Jahr 2025 insgesamt acht hochmoderne Videoschutzanlagen mit 80 Kameras zur gemeinsamen Nutzung durch Polizei und Gefahrenabwehrbehörden zur Überwachung öffentlicher Straßen und Plätze in Betrieb. Aus den bisherigen polizeilichen Erfahrungswerten geht hervor, dass mit Hilfe der Anlagen potenzielle Täter von der Begehung von Straftaten abgeschreckt werden.

Mögliche Gefahrenlagen oder Straftaten lassen sich mit den Videoschutzanlagen frühzeitig erkennen, sodass Einsatzkräfte schnell reagieren können. Darüber hinaus verbessern Videoschutzanlagen die Beweissicherung und Identifizierung von Tatverdächtigen. So konnte über die Auswertung der Videoschutzanlagen im vergangenen Jahr in 57 Fällen ein strafrechtlich relevanter Sachverhalt festgestellt oder ein wesentlicher Beitrag zur Tatklärung bzw. Identifizierung eines Tatverdächtigen geleistet werden. In 33 Fällen war eine Identitätsfeststellungen oder vorläufige Festnahmen vor Ort möglich. In fünf weiteren Fällen gelang es, anhand der Aufzeichnungen Tatverdächtige zu ermitteln.

Wohnungseinbruchsdiebstahl angestiegen



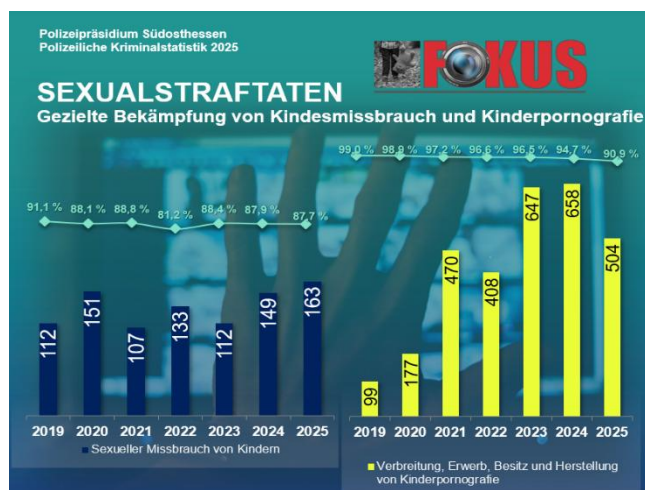
Die Zahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle ist im Jahr 2025, gemäß dem Landestrend, auf 1.102 Fälle angestiegen (+ 18,9 %). Langfristig betrachtet zeigt sich jedoch auch hier ein deutlicher Rückgang. Vor rund 25 Jahren wurden noch über 3.100 Fälle registriert, vor 15 Jahren noch über 2.100 Fälle. Damit konnten die Fallzahlen innerhalb von 25 Jahren um Zwei-Drittel sowie innerhalb der letzten 15 Jahre um die Hälfte reduziert werden.

Insbesondere gab es einen Anstieg von Wohnungseinbruchsdiebstählen in der Stadt Hanau (+ 38 %) sowie dem Main-Kinzig-Kreis (+ 36,9 %). Für die steigenden Fallzahlen dort sind unter anderem Tatserien von Wohnungseinbruchsdiebstählen in Bruchköbel, Nidderau, Schöneck und Hanau verantwortlich. In Rahmen dieser konnten bereits Tatverdächtige ermittelt werden. Unter anderem konnte eine Bande ermittelt werden, welche aus dem Frankfurter Bereich stammt und ihre Taten in den Randkommunen begangen haben.

Bei rund 40 % der Wohnungseinbruchsdiebstählen im Jahr 2025 blieb es beim Versuch. Die Aufklärungsquote lag bei 12,3 %.

Einbrüche sind für die Opfer oft sehr belastend. Die Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls bleibt weiterhin ein Schwerpunkt polizeilicher Arbeit. Neben unter anderem stationären und mobilen Kontrollmaßnahmen berät die Polizei Bürgerinnen und Bürger kostenlos und produktneutral zum Schutz von Häusern und Wohnungen. Insbesondere bei den gezielten Kontrollen können wir immer wieder wichtige Hinweise auf mögliche Tatverdächtige erlangen. Alleine bei den länderübergreifenden Kontrolltagen Ende Oktober 2025 kontrollierten wir hier in Südosthessen über 420 Personen. Bei diesen zielgerichteten Maßnahmen konnten wir nicht nur in einem Fall mögliches Diebesgut sicherstellen, sondern auch wertvolle Hinweise auf mögliche Tatverdächtige erlangen.

Sexueller Missbrauch von Kindern



Die Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch von Kindern hat weiterhin höchste Priorität. Um Sexualstraftätern habhaft zu werden, werden alle zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft. Die Polizei setzt alles daran, Kinder und Jugendliche vor sexualisierter Gewalt zu schützen, anhaltenden Missbrauch zu stoppen und Sexualstraftaten zu verhindern.

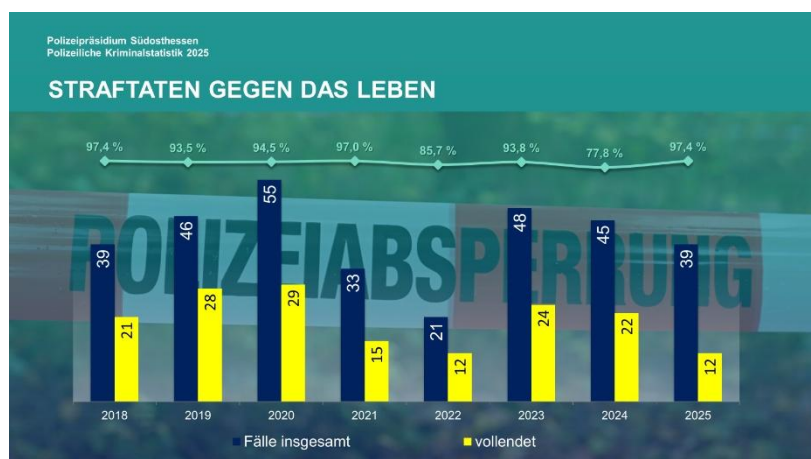
Während die Delikte im Bereich Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornografischer Inhalte um 23,3 % (154 Fälle) zurückgingen, wurde bei sexuellem Missbrauch von Kindern ein Anstieg um 9,4 % (14 Fälle) registriert. Die Aufklärungsquote im Bereich des sexuellen Missbrauchs liegt bei 87,7 %. Zwischen Täter und Opfer gibt es oftmals eine persönliche Verbindung oder Vorbeziehung.

Mit einer Aufklärungsquote von fast 91 % im Bereich Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornografischer Inhalte konnten fast alle dieser Taten mindestens einer oder einem Verdächtigen zugeordnet werden - ein wichtiger Aspekt, der verdeutlicht, dass hier nahezu alle Täter aus der Anonymität geholt werden.

Der Anstieg der Sexualstraftaten ist auch Ausdruck einer gestiegenen Sensibilisierung und einer höheren Anzeigenbereitschaft der Betroffenen. Hinzu kommt der Ausbau spezialisierter FOKUS-Dienststellen, die durch gezielte Ermittlungen weitere Missbrauchstaten aufdecken. Dies führt insgesamt zu einem Anstieg im Hellfeld und zeigt, dass mehr Taten angezeigt und verfolgt werden. Zugleich entstehen neue Tatgelegenheiten, etwa durch anonym nutzbare Dating-Portale, die in Einzelfällen für Straftaten missbraucht werden. Die hohen Fallzahlen bei der Verbreitung pornografischer Inhalte steht maßgeblich im Zusammenhang mit erweiterten gesetzlichen Meldepflichten, auch im Rahmen des Digital Services Act der Europäischen Union.

Die Fokus-Dienststelle im Polizeipräsidium Südostthessen hat im vergangenen Jahr mehr als 230 Durchsuchungen durchgeführt. Dabei wurden 8 Haftbefehle vollstreckt und über 1.180 Datenträger sichergestellt.

Straftaten gegen das Leben: Leichter Rückgang

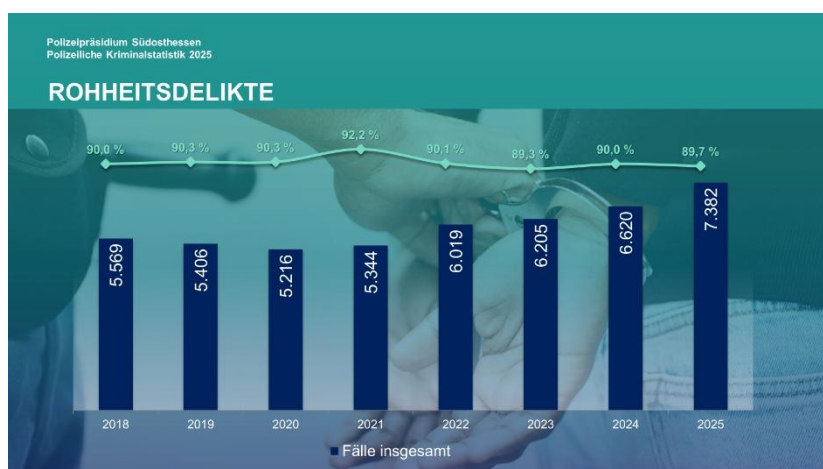


Im Bereich der Straftaten gegen das Leben ist im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Rückgang festzustellen. Während im Jahr 2024 noch 45 Fälle registriert wurden, waren es im Jahr 2025 insgesamt 39 Fälle. Hierzu zählen Delikte wie Mord, Totschlag oder Körperverletzung mit Todesfolge.

Zu berücksichtigen ist, dass gerade in dieser Deliktgruppe auch Ermittlungsverfahren aus Vorjahren enthalten sind, die erst im Berichtsjahr abgeschlossen wurden und daher statistisch in die PKS 2025 einfließen. Nahezu alle Straftaten gegen das Leben konnten aufgeklärt werden.

Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Rohheitsdelikte

Die Fallzahlen im Bereich der Rohheitsdelikte sind im Jahr 2025 um 11,5 % auf insgesamt 7.382 Fälle gestiegen (+ 762 Fälle). Mit einer Aufklärungsquote von 89,7 % konnten nahezu neun von zehn Straftaten aufgeklärt werden.



Der Deliktsbereich Raub und räuberische Erpressung entwickelte sich hingegen rückläufig. Die Zahl der registrierten Fälle sank um 11 Straftaten auf insgesamt 322 Fälle im Jahr 2025 (- 3,3 %).

Bei den Körperverletzungsdelikten machen die vorsätzlichen (leichten) Körperverletzungen den größten Anteil aus (2.982 Fälle, Aufklärungsquote 94,1 %). Sie stellen mit 69,9 % etwas mehr als zwei Drittel aller Körperverletzungsdelikte. Diese stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 9,2 %.

Mit einem Anstieg von 12,1 % (138 Fälle) auf insgesamt 1.283 Straftaten, machten die gefährliche und schwere Körperverletzung einen großen Anteil des Fallanstieges der Rohheitsdelikte aus. Die Aufklärungsquote hier lag bei 85,6 %. Über die Hälfte der gefährlichen Körperverletzungen sind im öffentlichen Raum passiert (656 Fälle).

Ein Anstieg der gefährlichen Körperverletzungen im öffentlichen Raum war auch in der Stadt Hanau festzustellen. Mitte des vergangenen Jahres kam es dort vermehrt zu körperlichen Auseinandersetzungen.

Ein Anstieg der gefährlichen Körperverletzungen im öffentlichen Raum war auch in der Stadt Hanau festzustellen. Mitte des vergangenen Jahres kam es dort vermehrt zu körperlichen Auseinandersetzungen.

inandersetzungen auf Straßen, Wegen und Plätzen. Die Polizei reagierte umgehend mit verstärkter Präsenz und intensiven Kontrollen. Dabei wurden neben Kräften des Polizeipräsidiums Südosthessen auch Einsatzkräfte des Hessischen Polizeipräsidiums Einsatz sowie die Stadtpolizei Hanau eingebunden. Durch die Auswertung von Videoschutzanlagen und intensive Ermittlungen konnten bereits mehrere Tatverdächtige ermittelt werden. Dieser schnelle Ermittlungserfolg kann ebenfalls eine abschreckende Wirkung auf andere Beteiligte haben.

Darüber hinaus führte die Stadt Hanau zum 1. August 2025 eine Waffenverbotszone in Teilen der Innenstadt ein. Eine solche Zone ermöglicht Polizei und kommunalen Ordnungsbehörden in festgelegten Bereichen anlasslose Kontrollmaßnahmen, von denen zugleich eine präventive Wirkung ausgeht.

Auch infolge der erhöhten Präsenz und des gestiegenen Kontrolldrucks gingen die Fallzahlen der Körperverletzungsdelikte im öffentlichen Raum zumindest bis zum Jahresende 2025 wieder zurück.

Zunehmend ist festzustellen, dass Täter Reizstoffsprüngeräte, insbesondere Pfefferspray oder sogenannte Pfefferpistolen, einsetzen. Hier stieg die Zahl der registrierten Fälle im Bereich des Polizeipräsidiums Südosthessen von 80 im Jahr 2024 auf 102 im Jahr 2025. Der Besitz und das Mitführen solcher Reizstoffgeräte, etwa von als Tierabwehrspray gekennzeichnetem Pfefferspray, unterliegt vergleichsweise geringen rechtlichen Einschränkungen, was ihre Verfügbarkeit begünstigt.

Höchster Fallzahlenwert bei „Häuslicher Gewalt“



Im Bereich der häuslichen Gewalt wurde im Jahr 2025 mit 1.628 Fällen der höchste Wert der vergangenen Jahre registriert. Dies entspricht einem Anstieg von 16,4 %. Rund 82 % der Opfer sind Frauen. Nahezu jede Straftat konnte geklärt werden.

Den Großteil der Fallzahlen machen die Körperverletzungsdelikte mit 67,6 % aus.

Als mögliche Erklärung für die hohen Fallzahlen sowie deren

Anstieg könnte auch eine erhöhte Sensibilisierung im Zusammenhang mit der öffentlichen Auf-

klärungskampagne zum Thema „Häusliche Gewalt“ sowie die daraus folgende höhere Anzeigebereitschaft der Opfer sein. Zudem sind nach einer Gesetzesänderung Nachstellungshandlungen eher tatbestandsmäßig erfüllt. Das bedeutet konkret, die Opfer müssen nicht mehr in ihrer Lebensführung erheblich beeinträchtigt, sondern die Handlungen müssen hierzu objektiv geeignet sein. Auch das Merkmal der „Beharrlichkeit“ wurde durch das der „wiederholten Begehung“ ersetzt. Eine Vollendung des Delikts wird somit merklich niederschwelliger erreicht.

Proaktiver Ansatz im Umgang mit Betroffenen

Aus der Gewaltspirale können sich die Opfer und vor allem auch die mittelbar betroffenen Kinder meist nicht selbst befreien; Intervention von außen ist oft die einzige Möglichkeit, Straftaten aufzudecken und Opfern zu helfen. Bei den Betroffenen besteht oftmals ein hoher Beratungsbedarf, daher verfolgt das Polizeipräsidium Südosthessen seit mehreren Jahren einen proaktiven Ansatz in Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen, beispielsweise in Zusammenarbeit mit dem Verein „Frauen helfen Frauen e.V.“, wo dortige Bedienstete nach einer Information durch die Polizei entsprechend Kontakt zu den Betroffenen aufnehmen, um ihnen individuelle Unterstützungsangebote wie etwa vorübergehende Unterkunft oder Hilfe bei Behördengängen zu unterbreiten.

Gewalt gegen Einsatzkräfte erneut auf Höchstwert



Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst sorgen tagtäglich für den Schutz und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Unsere Gesellschaft kann sich stets darauf verlassen, dass den Menschen in Notsituationen schnell geholfen wird. Leider kommt es aber immer wieder zu

Angriffen auf Einsatzkräften. Sie werden bedroht, bespuckt, getreten und geschlagen.

Im Jahr 2025 wurden im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Südosthessen 541 Fälle von Gewalt gegen Einsatzkräfte registriert. Dies entspricht einen Anstieg von 2,3 % gegenüber dem Vorjahr (529 Fälle) und stellt einen neuen Höchststand dar. In nahezu allen Fällen konnten Tatverdächtige ermittelt werden. Während die Fälle von Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamten um 2 Fälle zurückging, stiegen die Angriffe auf Rettungsdienstkräfte um 10 auf insgesamt 18 Fälle. Einsatzkräften der Feuerwehr wurden in vier Fälle Opfer von Gewalt.

Die Mehrzahl der für den Polizeialltag typischen Widerstandshandlungen entsteht aus niedrighchwelligigen Kontrollsituationen von alkoholisierten Personen bzw. Personengruppen. Das Verhindern von Konflikten und der professionelle Umgang bei sich aufschaukelnden Prozessen ist eine große Herausforderung im alltäglichen Dienst der Beamtinnen und Beamten. Sie werden

daher bereits im Rahmen des Polizeistudiums und weiteren Fortbildungen professionell geschult, möglichen Gewaltsituationen deeskalierend entgegenzutreten.

Damit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte besser vor Angriffen und vor den Folgen von Angriffen geschützt sind, sind sie mit funktionaler Schutzausrüstung, mit Bodycams und seit ein paar Jahren auch mit sogenannten Distanzelektroimpulsgeräten (DEIG) ausgestattet. Das DEIG ermöglicht in bestimmten Situationen ein differenzierteres Vorgehen und reduziert die Gefahren für die Polizei und die betroffene Person. Eine gute Ausbildung an diesem Einsatzmittel ist dabei der entscheidende Faktor, um wirksam zu agieren und zugleich unbeabsichtigte Schäden zu verhindern.

Darüber hinaus hat das hessische Innenministerium ein umfangreiches Respektpaket für Sicherheits- und Rettungskräfte initiiert. Dabei spielt insbesondere der direkte Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern eine wichtige Rolle. Ziel ist es, Vertrauen in die Sicherheitsbehörden, die Rettungsorganisationen und in den Rechtsstaat zu stärken sowie gegenseitiges Verständnis zu fördern. Mit dem Format „Cops im Dialog – Polizei und Schulen im Austausch“ richtet sich die Polizei gezielt an Schülerinnen und Schüler. Die Veranstaltungen finden direkt in den Schulen statt und setzen bewusst auf Dialog und offenen Austausch. Auftrag, Rolle und Handlungsgrundlagen der Polizei werden transparent vermittelt, um Verständnis für Herausforderungen und Entscheidungsprozesse im Einsatzalltag zu schaffen. Im Jahr 2025 fanden im Bereich des Polizeipräsidiums Südosthessen entsprechende Veranstaltungen in der Edith-Stein-Schule in Offenbach sowie in der Kopernikusschule in Freigericht statt. Ergänzt wird das Angebot durch das Format „Respekt zeigen – Respekt erfahren: Begegnungen mit der Blaulichtfamilie“. Hier präsentieren sich Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste gemeinsam im öffentlichen Raum und laden Passantinnen und Passanten zum Gespräch ein. Am 7. Mai 2025 präsentierte sich die Blaulichtfamilie in Hanau auf dem Freiheitsplatz. Beide Dialogformate werden im Jahr 2026 in Südosthessen fortgeführt.

Prävention: Wichtige Säule der Polizeiarbeit und gleichzeitig gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Sicherheit ist ein elementares Grundbedürfnis aller Menschen. Sie zu gewährleisten ist vor allem eine Aufgabe des Staates. Ziel der Polizei ist, dass Straftaten erst gar nicht passieren und da setzt die polizeiliche Präventionsarbeit an - egal ob bei älteren Menschen, in der digitalen Welt oder ganz konkret vor Ort. Hierzu ist ein gesamtgesellschaftliches Zusammenspiel unverzichtbar. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und anderen Sicherheitsträgern arbeitet das Polizeipräsidium Südosthessen an zielgerichteten Strategien und Lösungen zur Stärkung der Sicherheitslage in vielen Themenbereichen sowie des Sicherheitsgefühls jeder und jedes Einzelnen.

Unter der Dachmarke „Gemeinsam sicher in Hessen“ setzt das Hessische Innenministerium auf eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung, Kommunen und Polizei. Im Mittelpunkt der Initiative stehen die Bürgerinnen und Bürger selbst: Sie sollen noch stärker in Fragen der Sicherheit, Ordnung und des subjektiven Sicherheitsgefühls in ihren Kommunen eingebunden werden. Damit werden bestehende Maßnahmen weiter ausgebaut, die bereits im Rahmen der Sicherheitsinitiative KOMPASS im Bereich des Polizeipräsidiums Südosthessen erfolgreich umgesetzt werden. Aktuell gibt es 24 Kommunen, die im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Südosthessen am „KOMPASS-Programm“ teilnehmen. Davon sind elf bereits mit dem KOMPASS-Sicherheitsiegel ausgezeichnet worden. Ein Meilenstein war die 50. Verleihung des KOMPASS-Sicherheitsiegels in Hessen, die am 27. November 2025 durch den hessischen Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck an die Gemeinde Hammersbach vorgenommen wurde.

Arbeitskreis „Sicherheit für Alle“

Wirksame Kriminalprävention setzt wie erwähnt ein gesamtgesellschaftliches Zusammenspiel voraus. Ein solches Forum des Zusammenspiels ist der Arbeitskreis „Sicherheit für Alle“ (AK SifA) des Polizeipräsidiums Südosthessen. Das Multiplikatoren- und Präventionsprojekt AK SifA wurde 2012 in Zusammenarbeit mit Vertretern der Migrantenorganisationen aus dem Kreis und dem Stadtgebiet Offenbach angelegt und mittlerweile weiterentwickelt. Eines der primären Ziele ist, die objektive Sicherheit und das Sicherheitsgefühl von Menschen mit Migrationshintergrund mit Hilfe einer gezielten Vermittlung von kriminalpolizeilichen Präventionsangeboten zu stärken.

Veröffentlichungen:

Die ausführliche Presseinformation samt einer PowerPoint-Präsentation finden Sie auch auf unserer Webseite unter der Rubrik „Statistik“. Dort sind auch die bekannten regionalen Betrachtungen für die Bereiche Stadt Offenbach, Kreis Offenbach, Stadt Hanau und den Main-Kinzig-Kreis zu finden.

Nach Fertigstellung wird zudem die „Broschüre zur Kommunalen Betrachtung“ für das Jahr 2025 mit detaillierten Betrachtungen der ortsbezogenen Entwicklungen aller Städte und Kommunen des Polizeipräsidiums Südosthessen dort eingestellt.

Christopher Leidner

Polizeipräsidium Südosthessen
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Spessartring 61
63071 Offenbach am Main
Telefon: 069 8098-1200
Mail: poea.ppsoh@polizei.hessen.de

